

Erklärung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) zur Corporate Governance für das Geschäftsjahr 2021

Grundlagen: Public Corporate Governance Kodex des Bundes (Stand 16. September 2020), Wirtschaftsführungsbestimmungen für die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) (Stand 01. Juli 2021)

Der Vorstand der BlmA erklärt für das Jahr 2021, dass den in Ziffer 9.1 der Wirtschaftsführungsbestimmungen der BlmA genannten Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK) mit den folgenden Maßgaben entsprochen wurde oder wird (die Gliederung entspricht der des PCGK Bund):

PCGK Nr. 4.1.1 – Zusammenwirken von Vorstand der BlmA und BMF

Der Vorstand hat mit dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) zum Wohle der BlmA vertrauensvoll zusammengearbeitet.

PCGK Nr. 4.1.1 – Abstimmung der Strategie

Der Vorstand überprüft permanent die strategische Ausrichtung der BlmA und entwickelt sie weiter. Die Abstimmung und Herbeiführung von Entscheidungen erfolgt gemäß § 3 und § 4 der Geschäftsanweisung für den Vorstand. Im Jahr 2021 hat der Vorstand der BlmA 48 Vorstandssitzungen abgehalten, in denen relevante Themen erörtert und Vorstandsbeschlüsse gefasst worden sind.

Die strategische Ausrichtung der BlmA erfolgt in enger Abstimmung mit dem BMF. Dazu zählen das Papier „Leitplanken für die Weiterentwicklung der BlmA“ und die jährliche Zielvereinbarung mit dem BMF. Die Abstimmung erfolgt in Fach- und Quartalsgesprächen mit den Aufsichtsreferaten, Sitzungen des Verwaltungsrates und Fachgesprächen auf Arbeitsebene, die im Jahr 2021 regelmäßig durchgeführt worden sind.

PCGK Nr. 4.1.2 – Zustimmungsvorbehalte zugunsten des BMF

Für die BlmA gelten die folgenden Zustimmungsvorbehalte:

- a) Satzung (in der Fassung vom 19. Februar 2021), § 4 Zustimmungsbedürftige Geschäfte:
- Soweit sich das Erfordernis einer vorherigen Zustimmung nicht unmittelbar aus den anzuwendenden Vorschriften der Bundeshaushaltsordnung (BHO) ergibt (§ 10 BlmAG), darf der Vorstand folgende Geschäfte nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen tätigen; Einzelheiten und Wertgrenzen sind in den Wirtschaftsführungsbestimmungen und in der Geschäftsanweisung für den Vorstand festgelegt:
- Aufnahme neuer Geschäftsfelder
 - Veräußerungen und Erwerb von Liegenschaften mit einem erheblichen Wert

- Abschluss, Änderung und Aufhebung von Verträgen mit besonderer Bedeutung
- Große Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen zur Unterbringung von Bundesdienststellen (§ 24 BHO)
- Große Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen im Bestand und im Wert vergleichbare Maßnahmen zur Anentwicklung von Liegenschaften zum Zweck der Verwertung
- Maßnahmen nach den §§ 58 und 59 BHO von grundsätzlicher oder erheblicher finanzieller Bedeutung
- Eingehen von Verpflichtungen in Miet- und Pachtverträgen mit einem erheblichen jährlichen Mittelbedarf je Einzelfall
- Abschluss von Rechtsgeschäften mit Gutachtern und Sachverständigen, wenn sie im Einzelfall zu erheblichen Verpflichtungen führen
- Rechtsgeschäfte, an denen eines oder mehrere Mitglieder des Vorstandes der BlmA wirtschaftlich beteiligt sind
- Einleitung von Rechtsstreitigkeiten gegen den Bund sowie die Einleitung von rechtsförmlichen Auseinandersetzungen mit einem erheblichen Streitwert
- Verträge mit Beschäftigten, die durch den Stellenplan nicht abgedeckt sind

b) Wirtschaftsführungsbestimmungen (in der Fassung vom 1. Juli 2021)

Ziffer 1.5.4 „Interessenkonflikte: Geschäfte zwischen der BlmA einerseits und einem Mitglied des Vorstands, einer einem Mitglied des Vorstandes nahestehenden Person oder eines Unternehmens, an dem ein Mitglied des Vorstands beteiligt ist, andererseits sind unzulässig, es sei denn sie entsprechen branchenüblichen Standards und das BMF hat ihnen zugestimmt.“

Ziffer 2.5. Wirtschaftsplan: Wesentliche Änderungen des Wirtschaftsplans legt der Vorstand dem BMF zur vorherigen schriftlichen Zustimmung vor.

Ziffer 2.5.1 Definition: Eine wesentliche Änderung liegt insbesondere vor, wenn abweichend vom genehmigten Wirtschaftsplan nachträglich eines der folgenden Ereignisse im Planjahr erwartet wird oder bereits eingetreten ist:

- eine erhebliche Abweichung von der Planbilanz oder von der Vorschau-GuV und damit vom Jahresergebnis und der Abführung an den Bundeshaushalt,
- erhebliche Abweichungen vom Investitionsplan,
- eine Abweichung vom Stellenplan.

Ziffer 2.5.2 erhebliche Abweichung: Unter einer erheblichen Abweichung von der Planbilanz oder der Vorschau-GuV ist eine Über-/Unterschreitung einzelner Planansätze von mehr als 10 Mio. EUR zu verstehen, wenn diese abführungs- oder ergebnisrelevant ist.

Ziffer 2.5.3 Anwendung bei Beteiligungen: Bei Beteiligungen der BlmA gilt jede Kapitalzuführung oder Kapitalabführung als wesentlich

Ziffer 2.5.4 Ausnahme vom Zustimmungsbedürfnis: Einer vorherigen schriftlichen Zustimmung durch das BMF bedarf es nicht, wenn die Änderung auf Gesetz oder Tarifvertrag beruht. Über die Auswirkungen solcher Änderungen auf das Jahresergebnis der BlmA und damit auch auf die Abführung an den Bundeshaushalt ist das BMF unverzüglich zu unterrichten.“

Ziffer 7.1. Abs. 1 haushaltmäßige Anerkennung: Für die unter den Geltungsbereich von § 24 BHO fallenden großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten zur Deckung des Raumbedarfs für Bundeszwecke sowie für sonstige große Baumaßnahmen auf Dienstliegenschaften des Bundes ist die haushaltmäßige Anerkennung beim BMF zu beantragen.

Ziffer 7.1. Abs. 2: Baumaßnahmen: Das BMF ist über Baumaßnahmen, insbesondere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Anentwicklungsmaßnahmen zum Zwecke der Veräußerung sowie solche im Rahmen der Wohnungsfürsorge des Bundes auf im Eigentum der BlmA stehenden Liegenschaften, die nicht der Erfüllung der Aufgaben von Dienststellen des Bundes dienen, und bei denen die Baukosten insgesamt den Betrag von 2 Mio. € übersteigen, durch die BlmA ins Benehmen zu setzen. Für die Herstellung des Benehmens übersendet die BlmA dem BMF einen Wirtschaftlichkeitsnachweis für die jeweilige Maßnahme. Das Benehmen gilt als hergestellt, wenn das BMF binnen eines Monats nach Eingang des Wirtschaftlichkeitsnachweises keine entgegenstehende Stellungnahme abgibt. Im Fall einer Stellungnahme muss die Herstellung des Benehmens seitens des BMF ausdrücklich festgestellt werden.

Ziffer 7.3: Erwerb von Belegungsrechten und Wohnungsbaugenossenschaftsanteilen: Über den Erwerb von Belegungsrechten (einzelne oder größere Kontingente) an Wohnungen im Eigentum Dritter im Rahmen der Wohnungsfürsorge des Bundes ist das BMF vorab durch die BlmA ins Benehmen zu setzen, wenn und soweit der Ankaufbetrag insgesamt 2 Mio. EUR je Belegungsrechtsgeber übersteigt. Für die Herstellung des Benehmens übersendet die BlmA dem BMF eine Darstellung über den Inhalt und den Ablauf des beabsichtigten Erwerbs sowie einen Nachweis der Wirtschaftlichkeit der Maßnahme. Das Benehmen gilt als hergestellt, wenn das BMF binnen eines Monats nach Eingang der Unterlagen keine entgegenstehende Stellungnahme abgibt. Im Fall einer solchen Stellungnahme muss die Herstellung des Benehmens seitens des BMF ausdrücklich festgestellt werden.

Für den Erwerb von Wohnungsbaugenossenschaftsanteilen im Rahmen der Wohnungsfürsorge des Bundes zum Zwecke der Nutzung von Belegungsrechten gelten die vorstehenden Regelungen entsprechend mit der Maßgabe, dass das Benehmen ab einem Ankaufbetrag von 500.000 EUR herzustellen ist.

c) Geschäftsanweisung für den Vorstand (in der Fassung vom 01. April 2017), § 8 Zustimmungsbedürftige Geschäfte

(1) Ansprechpartner für die BlmA ist in allen Fällen die im BMF für die Rechts- und Fachaufsicht über die BlmA zuständige Stelle. Soweit in den für die BlmA geltenden Bestimmungen die entsprechende Anwendung von Vorschriften der BHO und der VV-BHO vorgeschrieben ist (§ 10 Abs. 1 Satz 1 BlmAG, § 8 Abs. 1 der Satzung) und diese Vorschriften die vorherige Zustimmung/Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen (Beauftragte für den Haushalt/Haushaltsabteilung) oder des für das Bundesvermögen zuständigen Ministers (bisher VI A 1) vorsehen, bedürfen die Geschäfte der vorherigen Zustimmung/Einwilligung der Rechts- und Fachaufsicht. Soweit die unmittelbare Anwendung der BHO und der VV-BHO vorgeschrieben ist (§ 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 BlmAG), richtet sich das Verfahren unmittelbar nach der Bundeshaushaltsordnung einschließlich der dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung; Anträge sind über die im BMF für die Rechts- und Fachaufsicht zuständige Stelle zu leiten.

Neben diesen und weiteren in der Satzung und dieser Geschäftsanweisung aufgeführten Geschäften bedürfen der vorherigen Zustimmung der Rechts- und Fachaufsicht:

1. die Festlegung der Vertragskonditionen für leitende Mitarbeiter unterhalb der Vorstandsebene
2. der Abschluss von AT-Verträgen abweichend vom Stellenplan
3. die Zahlung von AT- oder ÜT-Zulagen abweichend vom Stellenplan
4. die Wahrnehmung der Gesellschafterrechte bei eventuellen Tochtergesellschaften und Beteiligungen, deren Verhältnisse die Lage der Muttergesellschaft maßgebend beeinflussen, wenn entsprechende Geschäfte bei der BlmA zustimmungspflichtig wären
5. Verträge mit dem Abschlussprüfer über zusätzliche Beratungs- oder sonstige Dienstleistungen.

Das BMF kann jederzeit weitere Geschäfte von seiner vorherigen Zustimmung abhängig machen.

(2) Die Wertgrenzen für die in § 4 der Satzung genannten Geschäfte sind wie folgt festgesetzt:

- Veräußerungen und Erwerb von Liegenschaften mit einem Wert von über 5.000 T€
- Maßnahmen nach §§ 58, 59 BHO von grundsätzlicher Bedeutung oder einem Nachgebensbetrag von über 500 T€
- Eingehen von Verpflichtungen in Miet- und Pachtverträgen mit einem jährlichen Mittelbedarf je Einzelfall von über 2.000 T€
- Abschluss von Rechtsgeschäften mit Gutachtern, Sachverständigen ab dem jeweils geltenden Schwellenwert aus Artikel 4 Buchstabe b der Richtlinie 2014/24/EU im Einzelfall
- Einleitung von rechtsförmlichen Auseinandersetzungen mit einem Streitwert über 2.000 T€.

d) Geschäftsordnung der BlmA (in der Fassung vom 21. Juli 2021):

Nach Ziffer 2.2.2 Nummer 2 bedürfen Rechtsgeschäfte zwischen der Bundesanstalt und Mitgliedern des Vorstandes der vorherigen Zustimmung des BMF in entsprechender Anwendung des § 57 BHO.

PCGK Nr. 4.1.3 – Informationsversorgung des BMF / Regelberichterstattung

Der Vorstand der BlmA berichtet schriftlich an das BMF auf Basis der in inhaltlicher und turnusmäßiger Orientierung an § 90 AktG jährlich neu mit dem BMF zu vereinbarenden Themen und Zeitpunkte aus den Bereichen: relevante Fragen der Strategien, der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Wirtschaftlichkeit, der Risikolage, des Risikomanagements, der Compliance, der Geschäfte mit besonderer Bedeutung für die Wirtschaftlichkeit oder Liquidität und die für das Unternehmen bedeutenden Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds.

PCGK Nr. 4.1.3 – Informationsversorgung des BMF / Sonderberichterstattung

Aus wichtigen Anlässen berichtet der Vorstand der BlmA unverzüglich an das BMF.

PCGK Nr. 4.2.1 – Vertraulichkeit

Der Vorstand hat im Umgang mit dem BMF die Vertraulichkeit gewahrt und auch sichergestellt, dass von ihm eingeschaltete Dritte in gleicher Weise die Verschwiegenheitspflicht eingehalten haben.

PCGK Nr. 4.3.2 – D&O Versicherung

Vor dem Hintergrund, dass Entscheidungen des Vorstands ein erhebliches unternehmerisches und wirtschaftliches Risiko auslösen, besteht eine D&O-Versicherung. Die Versicherungssumme beläuft sich auf 20 Mio. €. Gemäß des Public Corporate Governance Kodex des Bundes in Verbindung mit den Wirtschaftsführungsbestimmungen der BlmA wurde ein Selbstbehalt in Höhe von zehn Prozent des Schadens beziehungsweise maximal des Eineinhalbfachen der festen Vergütung für das Jahr der Pflichtverletzung berücksichtigt. Ergänzend zu Schadenersatzansprüchen sind auch Abwehrkosten für drohende oder erhobene Haftpflichtansprüche versichert.

PCGK Nr. 4.4 – Kreditgewährung

Eine Kreditgewährung der BlmA an Mitglieder des Vorstands oder an deren Angehörige sowie an Beschäftigte der BlmA erfolgte nicht.

PCGK Nr. 5.1.2 – Compliance

Die BlmA hat ihre Organisation, die Verantwortungsbereiche und den Geschäftsgang in einer Geschäftsordnung geregelt. Der beim Vorstand eingerichtete Stabsbereich Compliance unterstützt die Beschäftigten in der Regeleinhaltung durch ein Integritäts- und Wertemanagement. Dazu wurden ein Leitbild und ein Verhaltenskodex erstellt, die im Intranet der BlmA veröffentlicht und damit für alle Beschäftigte zugänglich sind. Alle Beschäftigten können sich bei Verdacht auf Compliance-Verstöße an den Stabsbereich oder die eingerichtete Ombudsstelle wenden. Ergänzend sind in den größeren Nebenstellen Ansprechpersonen für Compliance benannt, die den Beschäftigten für Fragen und Hinweise zur Verfügung stehen. Der Vorstand lässt sich regelmäßig über Compliance-Fälle berichten. Auch die Beteiligungen der BlmA haben eigene Compliance Management Systeme bestehend aus Compliance-Richtlinien und Verhaltenskodizes gegen Korruption implementiert bzw. werden anhand von Geschäftsanweisungen zur Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen und Standards verpflichtet.

PCGK Nr. 5.1.3 – Risikomanagement

Das Risikomanagement ist organisatorisch der Sparte Finanzen zugeordnet und damit in die zentralen Steuerungs- und Planungsprozesse integriert. Das integrierte Risikomanagement der BlmA umfasst auch die Corporate Governance-Bereiche Compliance und Interne Revision. Im Rahmen eines vierteljährlichen Berichts an den Vorstand werden diese Risiken wie auch Maßnahmen zur Risikominimierung dargestellt und besprochen.

PCGK Nr. 5.2.1 – Zahl der Vorstandsmitglieder

Der Vorstand der BlmA bestand im Geschäftsjahr aus drei Mitgliedern, einem Sprecher und zwei weiteren Mitgliedern.

PCGK Nr. 5.2.6 – Geschäftsverteilung

In der Geschäftsanweisung des BMF (in der Fassung vom 01. April 2017) sind die Zusammenarbeit im Vorstand und die Geschäftsverteilung geregelt: Gemäß § 2 tragen die Vorstandsmitglieder für den gesamten Geschäftsbereich der Anstalt die Verantwortung gemeinschaftlich, auch wenn einzelnen Mitgliedern bestimmte Aufgabengebiete zugewiesen sind. Für die Zuständigkeiten im Vorstand gilt der Geschäftsverteilungs- und Vertretungsplan, Dem Sprecher des Vorstands (VM I) obliegt die Koordination der Arbeit im Vorstand, der Verkehr mit dem BMF und dem Verwaltungsrat. Unbeschadet der Gesamtverantwortung im Vorstand leitet jedes Mitglied seinen Geschäftsbereich selbständig. Die Geschäftsverteilung ist derzeit wie folgt:

Der Geschäftsbereich VM I umfasst:	Der Geschäftsbereich VM II umfasst:	Der Geschäftsbereich VM III umfasst:
<u>Die Sparten:</u> <ul style="list-style-type: none"> - Organisation und Personal (OP) - Facility Management (FM) - Informationstechnik (IT) <u>Die Stabsbereiche:</u> <ul style="list-style-type: none"> - Vorstandsbüro (VOBO) - Presse- und Kommunikation (VOPK) - Datenschutzbeauftragte (VODA) - Digitalisierung (VODG) 	<u>Die Sparten:</u> <ul style="list-style-type: none"> - Finanzen (FI) - Wohnen (WO) <u>Die Stabsbereiche:</u> <ul style="list-style-type: none"> - Innenrevision (VOIR) - Compliance (VOCO) - Einkauf (VOEK) Funktion „Beauftragter für den Haushalt (BfdH)“	<u>Die Sparten:</u> <ul style="list-style-type: none"> - Verkauf (VK) - Portfoliomanagement PM) - Bundesforst (BF) - Verwaltungsaufgaben VA) <u>Die Stabsbereiche:</u> <ul style="list-style-type: none"> - Recht (VORE) - Geheimschutz (VOGE)

PCGK Nr. 5.3.1, 5.3.2 – Eindeutige Vergütungsregelung

Die Mitglieder des Vorstands haben keine variable Vergütung erhalten.

PCGK Nr. 5.4.2 – Wettbewerbsverbot

Die Mitglieder des Vorstands dürfen sich während der Dauer ihres Vertrages nicht an Unternehmen beteiligen, die mit der BImA im Wettbewerb stehen oder in wesentlichem Umfang Geschäftsbeziehungen mit ihr oder ihren Unternehmen oder Beteiligungen unterhalten. Der Vorstand hat hiergegen nicht verstoßen.

PCGK Nr. 5.4.2 – Verbot einer Begünstigung

Die Mitglieder des Vorstands haben im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten Zuwendungen oder sonstige Vorteile gefordert, angenommen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewährt. Die Mitglieder des Vorstands haben in ihren

Entscheidungen keine persönlichen Interessen verfolgt und Geschäftschancen, die der BlmA zustehen, für sich genutzt.

PCGK Nr. 5.4.3 – Interessenkonflikte

Im Jahr 2021 haben keine Interessenkonflikte vorgelegen. Geschäfte zwischen BlmA und den Mitgliedern des Vorstands sowie ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmen wurden nicht getätigt.

PCGK Nr. 5.4.4 – Nebentätigkeiten

Von Mitgliedern des Vorstands wurden Nebentätigkeiten ausgeübt; das BMF hat dem zugestimmt.

PCGK Nr. 5.5 – Nachhaltige Unternehmensführung

Die BlmA trägt Sorge für die Einbeziehung der Themen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen - Sustainable Development Goals (SDGs) - in die Unternehmensführung.

Insbesondere unterstützt sie Länder und Kommunen

- bei einem nachhaltigen, klimaneutralen Bauen und betreibt unter diesen Prämissen auch eigenen sozialen Wohnungsbau und das Liegenschaftsmanagement für den Bund,
- bei klimafreundlichen Mobilitäts- und Stromerzeugungsvorhaben und betreibt diese auch selbst für den Bund,
- in naturschutzfachlichen Belangen zu Land und zu Wasser und berücksichtigt diese auch im Rahmen des Liegenschaftsmanagements und der Waldbewirtschaftung für den Bund

Zudem unterstützt sie eine gleichstellungsfördernde, tolerante und diskriminierungsfreie Kultur im Unternehmen mit gleichen Entwicklungschancen ohne Ansehung der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität. Dazu wird in der BlmA auf eine diskriminierungsfreie Alltagskultur auf allen Ebenen, einschließlich eines diskriminierungsfreien Sprachgebrauchs und dem Schutz vor sexueller Belästigung geachtet.

Das Ziel der BlmA, ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern auf allen Führungsebenen unterhalb des Vorstands zu schaffen, wird konsequent verfolgt. Die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung wird gewährleistet. Menschen mit Migrationshintergrund werden in Auswahl- und Besetzungsverfahren für alle zu besetzenden Arbeits- und Ausbildungsplätzen gleichberechtigt einbezogen. Die Beschäftigten und Führungskräfte werden mit entsprechenden Fortbildungs- und Informationsangeboten unterstützt.

Der Vorstand der BlmA fördert eine Arbeitskultur, die die Vereinbarkeit von sozialen Verpflichtungen, wie die Betreuung von Kindern oder hilfe- und pflegebedürftiger Menschen und Beruf ermöglicht. Hierfür wurden verlässliche Rahmenbedingungen wie Telearbeit, mobiles Arbeiten und eine großzügige Flexibilisierung der Arbeitszeit geschaffen.

PCGK Nr. 7.2.1 – Veröffentlichung der Vergütung

Die Vergütung wird im Jahresabschlussbericht der BImA benannt und entsprechend den Vorgaben im Internet veröffentlicht.

PCGK Nr. 7.3 – Veröffentlichung via Internet

Auf der Internetseite der BImA wird für mindestens die auf die Abgabe dieser Erklärung folgenden fünf Geschäftsjahre zugänglich gemacht:

- von der BImA veröffentlichte Informationen, die sie betreffen;
- die Erklärung zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes;
- der um den Anhang erweiterte Jahresabschluss nebst Lagebericht (§ 264 Abs. 1 Satz 1 HGB).

PCGK Nr. 8.1.1 – Rechnungslegung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buchs des HGB für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und geprüft worden.

PCGK Nr. 8.1.2 – Prüfung des Abschlusses

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind vom Vorstand aufgestellt und vom Abschlussprüfer geprüft worden.

PCGK Nr. 8.1.3 – Deutscher Nachhaltigkeitskodex und menschenrechtliche Berichtspflicht

Die BImA ist gesetzlich gemäß § 289 b (1) HGB nicht verpflichtet, solch eine Erklärung abzugeben, da sie nur zwei der geforderten drei Merkmale erfüllt. Das Merkmal der Kapitalmarktorientierung gemäß § 264d HGB wird von der BImA nicht erfüllt.

PCGK Nr. 8.2.2 – Auswahl der Abschlussprüferin bzw. des Abschlussprüfers

Der Abschlussprüfer für den Jahresabschluss der BImA wurde vom BMF bestellt. Zusätzliche Beratungs- oder sonstige Dienstleistungen mit dem Abschlussprüfer wurden nicht abgeschlossen.

PCGK Nr. 8.2.3 – Erklärung zur Unabhängigkeit der vorgesehenen Abschlussprüferin bzw. des vorgesehenen Abschlussprüfers

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2021 wurde solch eine Erklärung vor Unterbreitung des Vorschlags der vorgesehenen Abschlussprüferin / des vorgesehenen Abschlussprüfers von der BImA an das BMF nicht eingeholt. Im Rahmen der folgenden Jahresabschlüsse wird diese Erklärung von der Abschlussprüferin / dem Abschlussprüfer zukünftig eingeholt.

PCGK Nr. 8.2.4 - Unverzögliche Unterrichtung über wesentliche Feststellungen

Die BImA hat der Abschlussprüferin / dem Abschlussprüfer den Prüfauftrag nach Ziffer 8.2.2 erteilt und dem BMF das Auftragsbestätigungsschreiben übersandt. Sollten wesentliche Feststellungen und

Vorkommnisse, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben, auftreten, ist sichergestellt, dass die Abschlussprüfer den Vorstand sowie das BMF unverzüglich unterrichten. Es ist vereinbart, dass diese wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse im Prüfungsbericht vermerkt werden.

Die Abschlussprüfer informieren das BMF als Rechts- und Fachaufsicht, wenn Unrichtigkeiten bei der abgegebenen Erklärung zum Public Corporate Governance Kodex festgestellt werden.

PCGK Nr. 8.2.5 – Erweiterung des Prüfauftrags

Der Prüfauftrag an die Abschlussprüferin / den Abschlussprüfer umfasst auch die Prüfung nach § 53 HGrG einschließlich der Prüfung der Bezüge des Vorstands und der leitenden Beschäftigten sowie die Prüfung, ob die Erklärung zum PCGK abgegeben und auf der Internetseite der BlmA veröffentlicht ist. Die BlmA kann geeignete Prüfungsschwerpunkte bei der Prüfung nach § 53 HGrG festlegen. Gesonderte Prüfungsschwerpunkte hat die BlmA jedoch nicht festgelegt.

PCGK Nr. 8.2.6 – Teilnahme an den Beratungen

Die Abschlussprüferin / der Abschlussprüfer hat das BMF im Vorfeld der Verwaltungsratssitzung über die Ergebnisse der Jahresabschlussprüfung informiert.